

Neue Westfälische Volks- und Bielefelder Zeitung

Dienstag, 6. November 1906.

30. Jahrgang

Anzeigengebühr
für die einseitige Ver-
mittlung oder deren Raum
12 Pf., für auswärts
15 Pf., Reklamen 40 Pf.

Ercheint
jedenmal wöchentlich
Preis 43.
Gesamtpreis 15.

Historischer Kalender.

6. November: Gustav Adolfs Tod in der Schlacht bei Lützen, 1632. — Karl II. von Spanien, geb. 1661. — Senefelder, Erfinder der Lithographie, geb. 1771. — Entdeckung des Galvanismus, 1780. — Karl X., ehemals König von Frankreich, gest. 1836. — Eröffnung der epileptischen Anstalt bei Bielefeld, 1867. — Kardinal Antonelli, gest. 1876.

Die wirklichen Fleischvertreiber im Lichte der Röntgenstrahlen.

a. a. Wenn von den Konservativen auf die Fleischvertreibung durch Zwischenhändler, Spekulanten und Kommissionäre hingewiesen wird, so wird von der liberalen Presse behauptet, die Konservativen seien Feinde des Handels und suchen diesen zu verdrängen. Es ist deshalb wertvoll, daß die „Kölnische Zeitung“, die man als agrarisch oder als handelsfeindlich wahrlich nicht bezeichnen kann, die Fleischvertreiber des Handels folgendemaßen (wir haben die Sache schon vor einigen Tagen kurz erwähnt. Die Schrift.) beleuchtet:

„Das Verzeichnis der in Köln wohnenden Viehkommissionäre und Viehhändler enthält 68 Firmen, von denen aber eine ganze Reihe nicht regelmäßig Handelsgeschäfte auf dem Kölner Viehhof betreiben. Wenn wir diejenigen, die auf dem Viehhof eigene Geschäfte zimmer unterhalten, als die wirklich bedeutenden Geschäfte ansehen, so finden wir nur 15 Firmen. Nun betrug der Viehverkehr in demselben Jahre, in dem die Aufstellung gemacht wurde, an Auftrieb 61505 Rinder, 50269 Kühe, 32040 Schafe, 201366 Schweine. Die rinen Kommissionäre, ohne Fütterung, Streu usw. sind im allgemeinen für ein Stück Großvieh 4—5 Mk., für ein Schwein 1.25 Mk., für ein Kalb 1.25 Mk., für ein Schaf 0.80—1.00 Mk. Somit ist im Jahre 1903 allein in Köln an Viehkommissionärgelöhnen, wenn man die verschwindende Zahl von Fällen außer acht läßt, in denen sich ein Verkauf ohne Kommissionäre vollzogen hat, dafür aber nur die niedrigsten Sätze in Rechnung stellt, bezahlt worden: für Rinder 246020 Mk., für Kühe 62836 Mk., für Schafe 25632 Mk., für Schweine 251695 Mk., im ganzen 586183 Mk., also rund, da wir nur den Mindestsatz berücksichtigt haben, 600000 Mk. Diese Summe, die jährlich das Fleisch in Köln um über eine halbe Million Mark vertritt, verteilt sich nun nicht etwa gleichmäßig auf die 65 Viehkommissionäre, vielmehr gibt es eine Reihe der bedeutendsten Großhändler, die wesentlich den Verkauf von 50 bis 100 Ochsen und 500 bis 1000 Schweinen vermitteln und die bei einem Durchschnitte von 75 Ochsen und 750 Schweinen eine Jahres-einnahme von 70000 Mk. (siebzehntausend Mark) allein aus dem Verkauf von Ochsen und Schweinen haben, ohne Kühe und Schafe. Alles in allem werden wohl 100000 Mk. an Einkommen von einzelnen Kommissionären erzielt werden. — Daß solche Stände als höchst ungesund empfunden und schon seit langen Jahren von berufenen Kennern als eine bedenkliche Ursache der Fleischvertreibung angesehen und der öffentlichen Aufmerksamkeit zur Beachtung empfohlen worden sind, das zeigt eine geschichtliche Ausgrabung, die an dieser Stelle von Interesse ist. Als am 26. Juni 1881 Moritz Busch zu dem Fürsten Bismarck kam, um sich wie gewöhnlich Informationen zu Artikeln für die „Vergewalteten“ zu holen, da sagte der Fürst nach den Tagebuchblättern zu ihm: „Dann möchte ich, daß Sie noch ein anderes Thema studieren: die Frage, wie es kommt, daß das Fleisch in Berlin teurer

ist, als in Paris, obwohl dort der Produzent mehr für sein Vieh bekommt, als bei uns und auch so und so viel Franken Ostroi — ich glaube 60 für den Ochsen — zu entrichten sind. Haben Sie bei Ihrem Wafte jemand, der das behandeln kann?“ Busch verneinte das. „Das sollte aber doch sein“, versetzte Bismarck lächelnd. „Nun, die Sache ist die: bei dem neuen Viehhofe (in Berlin), da sind 23 Viehkommissionäre (es soll natürlich Kommissionäre heißen), durch die alles eingehende lebende Fleisch gekauft und verkauft wird, und die so mit der Zeit Millionäre werden müssen. Sie sind von niemand angestellt, weder vom Staate, noch von der Stadt, und doch geht das ganze Geschäft durch ihre Hände.“

Was schon 1881 von Bismarck als ein volkswirtschaftlich unbegreiflicher Schaden empfunden wurde, das ist heute noch daselbe, wenn es nicht wegen der höheren Fleischpreise noch schlimmer geworden ist. Wir wollen der Ausarbeitung der „Kölnischen Zeitung“ zur Ergänzung eine andere zur Seite stellen, um zu zeigen, woher es kommt, daß der Viehhofhandel im Fleischergewerbe eine so bedeutende, unerschütterliche Machtstellung ausübt. Zu Anfang der neunziger Jahre erzählte der verlorene Abgeordnete von Rauhaupt folgendes: Er hatte seit langen Jahren sein Schlachthaus nach Leipzig verlegt. Das sollte zu jener Zeit wieder geschehen; aber der Händler bot so niedrige Preise, daß ihm einwiewert wurde: Nein, bei solchen Preisen werde ich auf das Geschäft verzichten und es vorziehen, das Vieh selbst nach dem Leipziger Viehhofe zu schaffen und dort im einzelnen verkaufen zu lassen. Der Händler aber zog statt aller Antwort ein Komtebuch aus seiner Tasche, wies auf eine lange Reihe von Zahlen und erklärte, das seien die Konten einer großen Zahl von Leipziger Schlachtern; so wie diese bei ihm, „kloppen“ andere bei seinen Kollegen. Und wenn solche Schlachter sich darauf einlassen wollten, direkte Einkäufe zu machen, dann würde ihnen sofort der Kredit gekündigt werden. Tatsächlich blieb nichts weiter übrig, als sich auch weiterhin der Vermittlung des Kommissionärs zu bedienen, um das Schlachthaus überhaupt an den Mann bringen zu können. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Großhändler auch heute noch die Mehrheit der Fleisch in „ihrer Tasche“ haben. Dabei erklärt sich auch die sonst unbegreifliche Hölle der Fleischpreise bei dem großhändlerischen Schreien und agitieren.

Die Wache im polnischen Schulstreik.

Aus Bromberg erzählt die „Dtsch. Wsch.“ von Befolgen, auch in dieser fast rein-deutschen Stadt den polnischen Schulstreik zu integrieren. Bisher sind die Fälle, in denen polnische Kinder in Bromberg um polnischen Religionsunterricht ersucht und in letzterem vorübergehend die deutschen Antworten verweigert haben, vereinzelt geblieben. Es ist das zum Teil auch ein Verdienst der Polizei, welche einen großen Posten der vorgedruckten Aufforderungen an die Lehrer, deren Verbreitung auch dort geplant war, ermittelte und beschlagnahmte ließ. Trotzdem sind einzelne Fälle vorgekommen, in denen Kinder an die Lehrer schriftliche Aufforderungen ihrer Eltern überbrachten, ihnen polnischen Religionsunterricht zu erteilen. Der besonnenen Haltung der Lehrer gelang es jedoch bald, die Kinder, die anfangs deutsche Antworten verweigerten, dahin zu bringen, sich, wie sonst, der Schuldisziplin unterzuordnen und in deutscher Sprache zu antworten. Daß diese Kinder den deutschen Religionsunterricht ebenso gut verstehen, wie die deutschen, ist selbstverständlich. U. a. übergab ein Mädchen dem Lehrer ebenfalls einen

Bettel, auf dem ihr Vater polnischen Religionsunterricht verlangte. Da das Mädchen schon sieben Jahre die Schule besucht und ob dem zu Hause Polnisch gesprochen werde. Das Mädchen erklärte, zu Hause werde bei ihnen nur deutsch gesprochen. Ihr Vater wisse auch nicht recht, was die ganze Sache bedeuten solle. Aber es sei ein Mann bei ihnen gewesen, der habe ihnen auf die Seele gebunden, daß der Vater diesen Bettel unterschreiben und sie (das Mädchen) ihn in der Schule abgeben solle. Das hätten sie getan. Als das Mädchen vom Lehrer entsprechend belehrt worden war, antwortete es bereitwillig deutsch wie bisher. Dieser Fall beweist drastisch, was für eine Wache der ganze polnische Schulstreik ist.

Am Sonntag sollte in Posen bei Posen eine polnische Professorenversammlung stattfinden, die aber polizeilich verboten wurde. Darauf entstand auf dem Marktplatz eine Volksversammlung, die in einen Krawall ausartete. Die Gendarmen mußten den Platz mit der blanken Waffe räumen. Eine in Deutsch (Oberschlesien) am Sonntag abgehaltene Konferenz zahlreicher Vertreter der ober-schlesischen Polensvereine beschloß, die polnischen Eltern Oberschlesiens durch Versammlungen und Flugblätter zum Eintritt in den Schulstreik in Oberschlesien aufzufordern. Eine von 10 Geistlichen einberufene Volksversammlung in Oberschlesien konnte nicht stattfinden, da sich das Komitee in Folge Einwirkung des Kardinal Fürbischofs Dr. Knipps aufgelöst hatte. In ober-schlesischen Polenzentren herrscht ziemlich Erregung.

Dortmund, 5. Nov. Eine von dem Reichstagsabgeordneten Rulerst aus Gumbrecht einberufene zahlreich besuchte Polensversammlung, welche Sympathiebekundung zum polnischen Schulstreik nehmen wollte, wurde unter starken Tumulten polizeilich aufgelöst. (Hann. C.)

Die Politik des Kabinetts Clemenceau

Die „Agence Havas“ meldet: Die ministerielle Erklärung, die in der Deputiertenkammer zur Beratung gelangt wird, ist politisch vorgeschritten, als die Erklärungen aller früheren Kabinete. Das Programm des neuen Ministeriums ist ein sehr umfassendes: zehnfach sind die darin aufgeführten Reformen. In der Erklärung wird die Verfassung abgelehnt, daß das neue Kabinett die Politik Garriens, welche die Währung der Kammer gefährdet habe, fortzusetzen gedenke. Was die auswärtige Politik anbelangt, so will das Kabinett die Allianz mit Rußland und die wertvollen Freundschaften, die Frankreich geknüpft hat, aufrecht erhalten. Bezüglich der Beziehungen zu den Mächten wird Frankreich die Politik der Gerechtigkeit weiter verfolgen, die ihm einen der ersten Plätze in der Welt einzunehmen gestattet habe und die es auf seine Verteidigungskraft stützen wird. Das Trennungs-gesetz wird in liberaler Weise und mit Festigkeit zur Anwendung gelangen. Dem Parlament wird vom Kabinett eine Vorlage betreffend die Einführung der progressiven Einkommensteuer, ferner eine Vorlage betreffend den Arbeitsvertrag und eine Vorlage betreffend den Rückbau der Bahnhöfe unterbreitet werden. Ferner wird das Kabinett die Freiheiten der Fachvereine weiter ausbauen, die Altersversicherung der Arbeiter zu Ende führen, die Kriegsgerichte aufheben und mehrere Vorlagen zu Gunsten der Landwirtschaft einbringen. Das Gesetz betr. die Verfallung von Lebensmitteln wird vom Kabinett in strenger Weise angewandt werden. Die Erklärung schließt: Schenken Sie uns Vertrauen und werden handeln. — Nach dem Piquart-

schen Geschehenwurf über die Abschaffung der Kriegsgerichte im Frieden werden militärischen Disziplinargerichte, die aber auch unter Vorsitz eines Zivilrichters nach Untersuchung des Falles ebenfalls durch einen Zivilrichter verhandeln, nur folgende Vorbehalten: tätliche Angriffe auf Vorgesetzte, Insubordination und Meuterei, Verlassen eines Postens. Insbesondere wird vor die Ziviljustiz auch verwiesen, die bei den Klosterschließungen so häufige Weigerung von Offizieren, Befehle der Zivilbehörden zu vollstrecken. Die Todesstrafe wird für Friedenszeiten ganz abgeschafft, daß Mindestmaß der Zwangsarbeit von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt und die bedingte Verurteilung zugelassen.

Das Deutschtum in Südrussland

rührt und regt sich in einer Weise, wie man es vor Jahr und Tag nie und nimmer zu hoffen gewagt hätte. Mitten unter den Wirren der Revolution ist dieses nationale Empfinden und seine Betätigung aufgegangen; mit dem allergrößten Interesse müssen wir seine Entwicklung verfolgen. Wenn ja, so ist ja der Augenblick gekommen, wo die Hoffnung vorhanden ist, den Deutschen Südrusslands ihr Volkstum zu retten durch engen Zusammenschluß zu gemeinsamer Abwehr aller künftigen Gefährdungen ihrer nationalen Eigenart. Wie die Mitteilungen des Alldeutschen Schulvereins berichtet, bildet sich zu diesem Zweck schon zu Beginn dieses Jahres in Ossa die „russisch-deutsche Gruppe“ mit dem Zweck, zu den Deutschen Südrusslands anzubauen. Die von dieser Gruppe ausgearbeiteten Statuten eines „russisch-deutschen Vereins“ sind zumehr obliegtlich befestigt worden. Der „russisch-deutsche Verein“ verfolgt hauptsächlich kulturelle Zwecke, indem er darauf hinarbeitet, die deutsche Sprache in Haus und Schule zu pflegen, das wirtschaftliche Leben der Deutschen zu stärken, den Armen, Kranken und wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe zu kommen, und die Beziehungen anderer ähnlicher deutscher Vereine im Auge zu unterhalten. Außerdem soll der Verein aber auch politisch erzieherisch wirken. In den Statuten des Vereins ist es vorgesehen, daß Mitglied des Vereins jeder russische Unterthan deutscher Nationalität ohne Unterscheidung des Geschlechts werden kann, sofern er mündig und geistlich unbescholten ist. Um den Verein möglichst vielen zugänglich zu machen, ist der Mitgliedsbeitrag auf einen Rubel festgelegt worden. (Reichsb.)

Politische Nachrichten.

Aus dem Deutschen Reich.

Berlin, 5. November.

Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Coburg und Gotha sind heute nachmittag 12 $\frac{1}{2}$ Uhr in Wildpark eingetroffen und vom Kaiser und der Kaiserin am Bahnhof begrüßt worden. Die Majestäten begaben sich mit ihren Gästen in das Neue Palais.

Der Kaiser besuchte heute vormittag die internationale Automobilausstellung. Herr v. Tschirschky und Bögen-dorff ist gestern von seiner Italienreise zurückgekehrt und wird von a. städt. schon im Laufe des heutigen Tages dem Kaiser über die Eindrücke seiner Reise Bericht abgeben.

Kultusminister Dr. v. Stubt hat heute sein 68. Lebensjahr vollendet. Er ist der Älteste der aktiven preussischen Staatsminister.

Die „Deutsche Tagesztg.“ gibt heute abend folgendes Bulletin über das Befinden des Landwirtschaftsministers aus: „Die Gerüchte über eine Verabschiedung im Hinblick des Herrn von Podbielski sind unbegründet; es ist in den letzten Tagen

1990

